

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Er scheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet wöchentlich ins Haus 1,25 Zlot. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-spaltige mm-Zl. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-spaltige mm-Zl. im Kellerteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beibringung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 21

Freitag, den 7. Februar 1930

48. Jahrgang

Der Polenvertrag angenommen

Der Reichsrat für den Youngplan und das Liquidationsabkommen

Berlin. Im Reichsrat fand am Mittwoch der bayerische Vertragungsantrag nicht die erforderliche Unterstützung, so daß er nicht zur Abstimmung gestellt werden konnte. Bei der dann folgenden Abstimmung über das Haager Abkommen wurde der „Neue Plan“ mit 48 gegen 6 Stimmen (Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Pommern (Niederschlesien) und bei zwölf Enthaltungen (Bayern und Mecklenburg-Schwerin) angenommen.

Berlin. Freiherr von Gagl erklärte das deutsch-polnische Abkommen sei für die Vertreter des deutschen Ostens unannehmbar. Ueber dieses Abkommen sollte daher gesondert abgestimmt werden.

Reichsaußenminister Dr. Curtius betonte, für die Reichsregierung würde eine Ablehnung des deutsch-polnischen Abkommens unannehmbar sein.

Ein ostpreussischer Antrag auf Streichung des deutsch-polnischen Abkommens aus dem Gesetz wird abgelehnt, und zwar mit 37 gegen 21 Stimmen bei 8 Enthaltungen.

Gegen das deutsch-polnische Abkommen stimmten Ostpreußen, Posen-Westpreußen, Brandenburg, Ober- und Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Westfalen, Rheinprovinz, Bayern und Mecklenburg-Schwerin. Enthaltungen haben sich Württemberg, Thüringen, Bremen und Oldenburg.

Die unveränderte Liquidationsvorlage wurde mit 43 gegen 12 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

Damit war die Tagesordnung der Reichsrats-Sitzung erledigt.

Eine Regierungskrise in England vermieden

London. Das britische Kabinett hielt eine Sitzung ab, um sich mit der Ablehnung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes durch das Oberhaus zu befassen. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, den Weg des Kompromisses zu beschreiten und zu dem vom Oberhaus angenommenen Antrag auf Beschränkung des Gesetzes auf ein Jahr einen Ergänzungsantrag einzubringen, der die Gültigkeit des Gesetzes auf drei Jahre festlegt. Gleichzeitig beschloß das Kabinett in Übereinstimmung mit dem liberalen Oberhaus auf Abänderung der Kohlenbergbau-Vorlage, den Abschnitt 1, der die Schaffung einer Abbaueorganisation betrifft, fallen zu lassen.

Im Anschluß an die Kabinettsitzung fand eine Tagung der arbeitertypischen Unterhausfraktion statt, die den vom Kabinett gefassten Beschluß betrat. Man hofft, daß das Oberhaus das Entgegenkommen der Regierung als ausreichend ansehen wird. Die Regierungskrise ist also vermieden worden. Ohne die gegenwärtig im Gang befindliche Notkonferenz wäre die Entscheidung des Kabinetts und der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei höchstwahrscheinlich anders ausgefallen, da die Wahparole „Die Lords gegen das Volk“ von der Arbeiterpartei als ungewöhnlich günstig angesehen wird.

Macdonald über die Abrüstung der Heere

London. Macdonald erklärte am Mittwoch im Unterhaus auf die Frage, ob die Regierung die Einberufung einer allgemeinen Konferenz der Großmächte zur Herabsetzung der Heeresrüstungen erwägen wolle, daß die gesamte Abrüstungsfrage einschließlich der Landabrüstung von der Regierung sehr sorgfältig geprüft werde. Er hoffe, daß nach Abschluß der Seeabrüstungskonferenz eine Arbeitstagnation der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes abgehalten und der Völkerbund dadurch in die Lage versetzt werde, die Abrüstung der Heere zu behandeln.

Wieder vier Todesurteile in Rußland vollstreckt

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden am Mittwoch morgen in Leningrad in der Peter-Paul-Festung der Rittmeister Schiller und die ehemaligen Offiziere des zaristischen Armee Hedotow, Kartaschow und Geyer, die wegen Töschung von Tschernomoren zum Tode verurteilt waren, von der Wache der G.P.U. erschossen. Als Verurteilten lehnten es ab, um Bgnadigung bei den Sowjets zu bitten und erklärten, daß sie überzeugte Monarchisten seien.

Die österreichisch-italienische Freundschaft

Bundestanzler Schober für die Annäherung an Italien

Rom. Der „Popolo di Roma“ veröffentlicht eine Unterredung eines Mitarbeiters mit Schober, in der der Bundestanzler u. a. erklärte er sei mit lebhafter Freude nach Italien gekommen. Die sehr große Mehrheit des österreichischen Volkes habe seinen Entschluß zur Reise „sehr begrüßt“. Der Besuch sei ein deutliches Zeichen dafür, daß die Beziehungen zwischen den beiden Staaten, die einige Zeit getrübt gewesen seien, jetzt wieder den freundschaftlichen Charakter von früher angenommen hätten. Als er diese Tatsache von der Parlamentstribüne herab festgestellt habe, habe sich in Österreich mit der Befriedigung eine gewisse Ueberraschung verbunden. Jetzt sehe man das aber als einen natürlichen Vorgang an. Schober erinnerte an die italienische Unterstützung in der Anleihefrage und auf der Haager Konferenz und fuhr dann fort: Österreich sei der italienischen öffentlichen Meinung und seiner Regierung auch in einer anderen Frage zu Dank verpflichtet. Als es nämlich in den vergangenen Monaten zur Verfassungsänderung ge-

schritten sei, habe Italien ein Verständnis für diese Notwendigkeit bewiesen, das man vergeblich in anderen Ländern haben können. Die österreichische Politik verfolge beschriebene Ziele, sei aber gleichzeitig wahrhaft europäisch. Wer die große Zahl der österreichischen Arbeitslosen kenne, werde verstehen, daß Österreich alle Kräfte auf diesen Punkt richten müsse. Österreich habe nicht den Ehrgeiz, auf den verschiedenen Schauplätzen der europäischen Politik eine internationale Rolle zu spielen. In den 10 Jahren seit der Gründung der Republik habe Österreich bewiesen, daß es ein Nachbar sei, auf den man sich verlassen könne und daß ihm das Wohlergehen der benachbarten Staaten am Herzen liege, sowie der allgemeine Friede als die notwendige Voraussetzung für seinen eigenen Fortschritt. In den nächsten Monaten werde es die größten Anstrengungen darauf richten müssen, um seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Die Freundschaft mit Italien werde ihm aber auch auf diesem Gebiet eine wirkliche Hilfe sein.

Fortschritt auf der Flottenkonferenz?

Italien und Frankreich gegen England — Verwirrung auf der Konferenz Amerikanisch-englische Verständigung — Japans Teilabkommen mit Amerika

London. In den Berichten der Morgenblätter über die Verhandlungen der Flottenkonferenz am Dienstag wird zumeist der höhere Verlauf der Dinge mitgeteilt. Nur in einigen wenigen Ausnahmen wird an heikleren Fragen gerührt. Der „Daily Herald“ stellt fest, daß sich gestern zum ersten Male eine neue Front abgezeichnet habe, bei der Frankreich und Italien gegen England und Amerika stünden, während Japan völlig neutral verhalte. Auf der anderen Seite glaubt der „Daily Herald“ sagen zu können, daß die Frage der französisch-italienischen Gleichheit nicht mehr so unlösbar erscheine wie bisher.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt dann im Gegensatz dazu, daß die gestrige Sitzung in völliger Verwirrung endete und einen toten Punkt der Konferenz nahegekommen sei. Nach dem Blatt wird aller Voraussicht nach Amerika in dem nun langsam beginnenden Kampf um Zahlen den Anfang machen und Vorschläge oder einen festen Plan für die wirksamste Methode in dieser Hinsicht unterbreiten.

Amerikanisch-englische Verständigung

Washington. Wie der amtliche amerikanische Zundienst meldet, sind die Vereinigten Staaten und England übereingekommen im Bau der Großkampfschiffe eine Pause von 10 Jahren eintreten zu lassen und die Zahl dieser Schiffe auf 15 zu begrenzen unter der Voraussetzung, daß das Washingtoner Abkommen auf weitere fünf Jahre bis Ende 1936 verlängert wird. Diese Verständigung soll auf der Konferenz erst bei Beratung der Schlachtschifffrage allen Vertretern vorgelegt werden. Der japanische Vertreter sei jedoch bereits verständigt worden. Man erwarte, daß Japan eher bereit sein wird, sofort ein Kampfschiff zu streichen, als bis 1936 zu warten. Amerikaner und Engländer verhielten weiter eine Einschränkung der U-Boot-Baufrage zu erreichen, anstelle der Abkündigung und wie verlautet die Tonnage für die Klasse auf 100 000 Tonnen zu begrenzen, während Frankreich 124 000 Tonnen fordert.

London. Wie zuverlässig verlautet, ist zwischen Amerika und Japan folgende Übereinkunft getroffen worden:

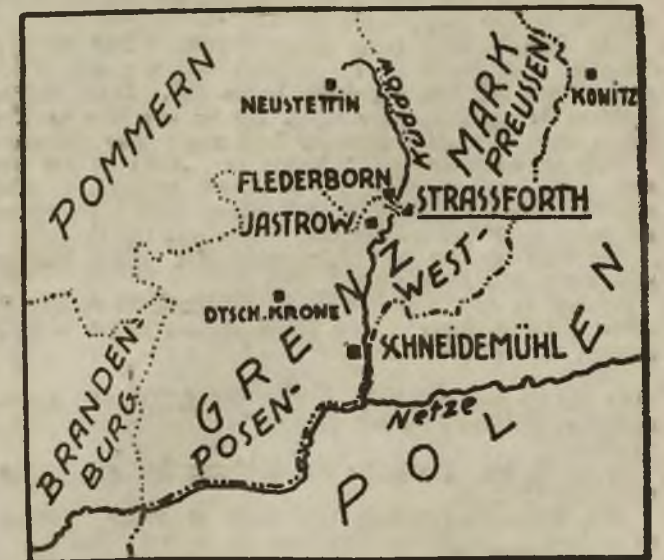
1. Verlängerung des Dienstalters der Schlachtschiffe von 20 auf 25 Jahre.
 2. Herabsetzung des Geschützkalibers für Großkampfschiffe von 40 auf 35 Zentimeter.
 3. Herabsetzung der Tonnage für Schlachtschiffe von 35 000 auf 25 000 Tonnen.
 4. Verlängerung der Baudauer von 3 auf 4 Jahre.
 5. Einführung des Pausiertages bis 1936.
- Die zwischen den beiden Ländern schwebenden technischen Einzelfragen, insbesondere die Frage der japanischen Kreuzerquote, sind dagegen noch ungelöst.

Amerikas Botschafter in Berlin eingetroffen

Berlin. Der neue amerikanische Botschafter ist am Mittwoch, nachmittags kurz nach 5 Uhr, in Berlin eingetroffen. Er wurde von den Mitgliedern der amerikanischen Botschaft und von Graf Tattenbach im Namen der Reichsregierung empfangen. Zur Begrüßung war außerdem der Reparationsagent Parker Gilbert erschienen. Der Botschafter begab sich in das Hotel „Esplanade“, wo er vorläufig wohnen wird.

Amtsantritt des neuen mexikanischen Präsidenten

Neuport. Wie aus Mexiko-Stadt gemeldet wird, übernimmt der neugewählte Staatspräsident von Mexiko Ortiz Rubio am Mittwoch mittag 12 Uhr die Amtsgeschäfte. Der zurückgetretene Präsident Portez Gil wird das Ministerium des Innern übernehmen.



Dammbruch bei Schneidemühl

Am Abend des 4. Februar brach in dem neu erbauten Klüddow-Kraftwerk der Ueberlandzentrale Pommern bei Flederborn (nördlich Schneidemühl) die Zementwand des großen Staubeckens. Der Ort Strassforth wurde völlig überflutet, so daß das Vieh in den Ställen ertrank. Die neue Betonbrücke zwischen Strassforth und Flederborn wurde fortgerissen. — Der Sachschaden wird vorläufig auf zwei Millionen Mark geschätzt.

